

Beitrag des Kantons Solothurn zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung 2006

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 4. Oktober 2005, RRB Nr. 2005/2039

Zuständiges Departement

Departement des Innern

Vorberatende Kommission(en)

Sozial- und Gesundheitskommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	5
1. Ausgangslage	5
1.1 Das Krankenversicherungsgesetz des Bundes.....	5
1.2 Festsetzung der Prämienverbilligung im Kanton Solothurn.....	5
1.3 Prämienverbilligung 1996 - 2005 im Kanton Solothurn.....	5
1.3.1 Auszahlungen 1996 - 2005	5
1.3.2 Hauptgruppen in der Prämienverbilligung.....	7
2. Prämienverbilligung 2006	7
2.1 Subventionssumme Prämienverbilligung Schweiz.....	7
2.2 Subventionssumme Prämienverbilligung Kanton Solothurn 2006.....	8
2.3 Prämienverbilligungsmodell 2006.....	8
2.3.1 Ausgangslage	8
2.3.2 Parameter Modell 2006.....	9
2.3.3 Finanzierung des Kantons- und Gemeindeanteils	9
3. Ausblick 2007.....	9
4. Mitbericht des Finanzdepartementes	10
5. Formelles, Rechtliches.....	10
6. Antrag.....	10
7. Beschlussesentwurf.....	11

Kurzfassung

Bei voller Ausschöpfung der Bundessubventionen nach KVG würde für Krankenversicherte im Kanton für das Jahr 2006 maximal ein Betrag von 125.4 Mio. Franken für die Prämienverbilligung zur Verfügung stehen (91.6 Mio. Fr. Bundesbeitrag und 33.8 Mio. Fr. Kantonsbeitrag).

Art. 66 Abs. 5 KVG erlaubt es dem Kanton, diese Prämienverbilligungssumme maximal um 50 Prozent zu kürzen, wenn die Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen trotzdem sichergestellt ist. Die minimale Prämienverbilligungssumme von 50% betrüge somit 62.7 Mio. Franken (45.8 Mio. Fr. Bundesbeitrag und 16.9 Mio. Fr. Kantonsbeitrag). Nach der zu erwartenden Prämiensteigerung um ca. 4% kann damit aber die Vorgabe, wonach Personen / Familien in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen Prämienverbilligung erhalten müssen, nicht sichergestellt werden.

Bereits für die Jahre 2000, 2001 und 2002 hat der Kantonsrat beschlossen, 60% der Prämienverbilligungssumme auszulösen. Auch in den Jahren 1997, 1998 und 1999 konnten faktisch aufgrund von Ausgleichssaldi (vor allem aus dem Einführungsjahr 1996) 60-65% an Prämienverbilligungen geleistet werden. 2003 und 2004 wurden jeweils 68% und im letzten Jahr schliesslich 70% der Prämienverbilligungssumme ausgelöst

Um auch im Jahr 2006 die minimalen sozialpolitischen Standards (*genügende Prämienverbilligungsleistungen an Personen und Familien in „wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen“*) einzuhalten, sollte mindestens auf 70% des Bundesbeitrages basiert werden. Daraus resultiert eine Gesamtsumme von 87.7 Mio. Franken. Die in absoluten Zahlen um rund 4.8 Mio. Franken höhere Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr beruht einerseits auf den erneut zu erwartenden Prämiensteigerungen und andererseits auf der Vorgabe des Bundes, die Referenzgrösse der 100%-Bundesbeiträge jährlich um 1,5% anzuheben.

An die Gesamtleistung von 87.7 Mio. Franken bezahlt der Bund 64.1 Mio. Franken. Der Kantons- und Gemeindeanteil beträgt somit zusammen 23.6 Mio. Franken. Der Aufwand des Kantons ist somit um 1.3 Mio. Franken höher als 2005. Aufgrund des Gesetzes über die Aufgabenreform soziale Sicherheit haben die Einwohnergemeinden über den Beitragsschlüssel der Ergänzungsleistungen 35% oder 8.3 Mio. Franken daran zu leisten. Der Nettoaufwand des Kantons beträgt somit **15.3 Mio. Franken.**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über den Beitrag des Kantons Solothurn zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung 2006.

1. Ausgangslage

1.1 Das Krankenversicherungsgesetz des Bundes

Das KVG¹⁾ verpflichtet die Kantone, Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen Prämienverbilligungen zu gewähren (Art. 65 f. KVG). Der Bund unterstützt die Kantone dabei mit Beiträgen (Art. 66 KVG). Für 2006 hat der Bund beschlossen, die 100%-Bundesbeiträge gegenüber dem Vorjahr wiederum um 1,5% anzuheben.

1.2 Festsetzung der Prämienverbilligung im Kanton Solothurn

Der Kantonsrat spricht die für die Prämienverbilligung verfügbaren Mittel, indem er die Höhe des Ausschöpfungsgrades der im Rahmen des KVG zur Verfügung stehenden Prämienverbilligungsgelder festsetzt. Innerhalb dieses kantonsrätlichen Rahmens ist der Regierungsrat zuständig, das Verteilmodell der Prämienverbilligung festzulegen (Richtprämien und Eigenbelastungsgrenze in Prozent des massgebenden Einkommens). Der Regierungsrat hat sich dabei an der Durchschnittsprämie der Grundversicherung zu orientieren und wird die Einhaltung des vom Kantonsrat gesprochenen Kredites mit der Festsetzung der Eigenbelastungsgrenze steuern (§ 17 Abs. 2 und § 18 Abs. 2 der Verordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung; BGS 832.13).

Das definitive Verteilmodell kann der Regierungsrat erst festsetzen, wenn die vom Bund bewilligten Prämien der Grundversicherung für das nächste Jahr veröffentlicht werden und der Kanton den Kredit bewilligt hat. Zudem bedingt das Modell verlässliche Zahlen über die Leistungen der Steuerpflichtigen im laufenden Jahr.

1.3 Prämienverbilligung 1996 - 2005 im Kanton Solothurn

1.3.1 Auszahlungen 1996 - 2005

Seit 1996 ergeben sich folgende maximale und minimale Bundes- und Kantonsbeiträge für die Prämienverbilligung (schattiert die jeweils vom Kantonsrat ausgelöste Prämienverbilligungssumme), sowie folgende Modelle und tatsächlich verwendete Mittel:

Kanton SO	Prämienverbilligung	Bundes- Beitrag (Mio. Fr.)	Kantons- Beitrag (Mio. Fr.)	Bund + Kanton (Mio. Fr.)
1996	KVG maximal (100%)	64,2	18,6	82,8
	KVG minimal (50%)	32,1	9,3	41,4
	vom KR bewilligt			
	KVG minimal (50%)	32,1	9,3	41,4
	Modell			34,0
	Tatsächlich ausbezahlt			23,1

¹⁾ Bundesgesetz über die Krankenversicherung; SR 832.10

1997	KVG maximal (100%)	67,4	21,9	89,3
	KVG minimal (50%)	33,7	11	44,7
	Vom Kantonsrat bewilligt KVG (53% ¹⁾)	35,7	11,7	47,4
	Modell			47,4
	Tatsächlich ausbezahlt			39,4
1998	Maximal (100%)	69,4	28,4	97,8
	Minimal (50%)	34,7	14,2	48,9
	Vom Kantonsrat bewilligt KVG minimal (50%)	34,7	14,2	48,9
	Modell (66%) ²⁾			64,1
	Tatsächlich ausbezahlt			64,3
1999	Maximal (100%)	73,9	33,7	107,6
	Minimal (50%)	37	16,8	53,8
	Vom Kantonsrat bewilligt KVG minimal (50%)	37	16,8	53,8
	Modell (60%) ³⁾			65,0
	Tatsächlich ausbezahlt			65,3
2000	Maximal (100%)	75	34,9	109,9
	Minimal (50%)	37,5	17,4	55
	Vom Kantonsrat bewilligt KVG (60%)	45	20,9	65,9
	Modell (60%)			65,9
	Tatsächlich ausbezahlt			58,8
2001	Maximal (100%)	77,3	35,5	112,8
	Minimal (50%)	38,7	17,7	56,4
	Vom Kantonsrat bewilligt KVG (60%)	46,4	21,3	67,7
	Modell (60%)			67,7
	Tatsächlich ausbezahlt			66,4
2002	Maximal (100%)	80,0	35,3	115,3
	Minimal (50%)	40,0	17,7	57,7
	Vom Kantonsrat bewilligt KVG (62%)	49,6	21,9	71,5
	Modell (62%) ⁴⁾			71,5
	Tatsächlich ausbezahlt			74,4
2003	Maximal (100%)	82,3	33,8	116,1
	Minimal (50%)	41,15	16,9	58,05
	Vom Kantonsrat bewilligt KVG (68%)	56,0	22,9	78,9
	Modell (68%)			78,9
	Tatsächlich ausbezahlt			76,8

¹⁾ KRB Nr. 153a/96 vom 11. 12. 1996

²⁾ Für die PV 1998 zur Verfügung stehende Summe. Dem Minimum nach KVG wurden noch nicht ausbezahlte PV-Gelder aus den Vorjahren hinzugerechnet (Ausgleichskonto KVG).

³⁾ Für das Verteilmodell der PV 1999 gemäss Voranschlag 1999 zur Verfügung stehende Summe. Dem Minimum nach KVG werden noch nicht ausbezahlte PV-Gelder aus den Vorjahren hinzugerechnet (Ausgleichskonto KVG).

⁴⁾ Für das Verteilmodell der PV 2002 zur Verfügung stehende Summe. Dem Minimum nach KVG werden noch nicht ausbezahlte PV-Gelder aus den Vorjahren hinzugerechnet (Ausgleichskonto KVG).

2004	maximal (100%)	85,7	31,6	117,3
	minimal (50%)	42,85	15,8	58,65
	vom Kantonsrat bewilligt KVG (68%)	58,3	21,5	79,8
	Modell (68%)			79,8
	Tatsächlich ausbezahlt			79,8
2005	maximal (100%)	86,6	31,9	118,5
	minimal (50%)	43,3	15,95	59,25
	vom Kantonsrat bewilligt KVG (70%)	58,3	21,5	82,9
	Modell (70%)			82,9

1.3.2 Hauptgruppen in der Prämienverbilligung

Die Prämienverbilligungsleistungen gehen hauptsächlich an 3 Gruppen und wurden wie folgt ausbezahlt.

Jahr	Total			EL ¹⁾		Sozialhilfe ²⁾		Ordentliche Anträge	
	Einh ³⁾	Pers	Summe	Einh	Summe	Einh	Summe	Einh	Summe
1996	27'903	47'435	23.1 Mio	4100	08.8 Mio	2000	6.0 Mio	21'800	08.3 Mio
1997	30'500	51'850	39.4 Mio	3690	10.3 Mio	2255	7.0 Mio	24'500	22.1 Mio
1998	37'400	63'580	64.3 Mio	4471	11.5 Mio	2902	8.0 Mio	30'000	44.8 Mio
1999	36'200	69'457	65.0 Mio	4639	12.3 Mio	2988	12.7 Mio	28'600	40.0 Mio
2000	31'580	63'756	58.8 Mio	4853	12.4 Mio	2899	11.4 Mio	23'828	35.0 Mio
2001	37'845	70'861	66.4 Mio	4886	13.0 Mio	3571	9.4 Mio	29'388	44.0 Mio
2002	37'562	75'836	74.9 Mio	5421	16.1 Mio	2906	9.8 Mio	25'829	49.0 Mio
2003	37'588	72'564	76.8 Mio	5894	18.3 Mio	3519	9.9 Mio	23'344	48.6 Mio
2004	36'503	63'908	79.8 Mio	6334	20.7 Mio	3960	10,7 Mio	21187	48.4 Mio
2005			82.9 Mio						

Die Mittelsteigerung bei der EL und der Sozialhilfe ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die geltende Regelung in diesen beiden Kategorien die jährlichen Prämiensteigerungen voll berücksichtigt. Diese Auswirkungen sind erwünscht, handelt es sich bei EL- und Sozialhilfe/bezügerinnen doch um die wirtschaftlich schwächsten Glieder unserer Gesellschaft. Faktisch führt diese Regelung aber nur zu einer Umverteilung staatlicher Leistungen. Die Prämienverbilligung entlastet Kanton und Einwohnergemeinden im gleichen Ausmass von den EL-Leistungen und die Einwohnergemeinden entsprechend von den Sozialhilfeleistungen.

2. Prämienverbilligung 2006

2.1 Subventionssumme Prämienverbilligung Schweiz

Für 2006 sind auf der Basis von 100% schweizerisch insgesamt folgende Mittel zur Prämienverbilligung vorgesehen:

2.2 Vernehmlassungsverfahren

¹⁾ An EL-Bezüger/innen wird pauschal die kantonale Durchschnittsprämie ausgerichtet. Sie beträgt z.B. 2003 2'892 Franken pro Jahr.

²⁾ An Sozialhilfebezüger/innen wird ebenfalls die kantonale Durchschnittsprämie ausgerichtet. Die Sozialhilfekommissionen sind mit Kreisschreiben aufgefordert, die Klienten und Klientinnen bei einer günstigen Krankenkasse zu versichern. In diesem Betrag sind auch die Leistungen zur Auslösung von Verlustscheinen enthalten.

³⁾ Gemeint sind Unterstützungseinheiten (Einzelpersonen, Ehepaare, Familien etc.)

Bund (Mia. Fr.)	Alle Kantone (Mia. Fr.)	Bund + Kantone (Mia. Fr.)
2.52	1.26	3.78

2.3 Subventionssumme Prämienverbilligung Kanton Solothurn 2006

Auf den Kanton Solothurn wirkt sich diese Planung in Minimal- und Maximalwerten ausgedrückt wie folgt aus:

Kanton SO	Prämienverbilligung	Bundes- Beitrag (Mio. Fr.)	Kantons- Beitrag (Mio. Fr.)	Bund + Kanton (Mio. Fr.)
2006	100% (KVG)	91,6	33,8	125,4
	50% (Minimum KVG)	45,8	16,9	62,7

Dabei handelt es sich um eine Hochrechnung, die von konstanten Berechnungsvariablen zur Verteilung der Bundesbeiträge an die Kantone ausgeht (Wohnbevölkerung, Finanzkraft und Prämienindex).

2.4 Prämienverbilligungsmodell 2006

2.4.1 Ausgangslage

Am 23. September 2003 hat der Regierungsrat eine Änderung der Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung¹⁾ beschlossen. Darin wird die Berechnung des Anspruchs neu geregelt. Bis anhin galt ein fixer Eigenanteil von 7% (Alleinstehende und Alleinerziehende) bzw. 8% (Verheiratete etc.). Neu wird der prozentuale Eigenanteil abhängig vom massgebenden Einkommen linear festgelegt. Je höher das massgebende Einkommen, desto höher der prozentuale Eigenanteil oder umgekehrt: Je tiefer das massgebende Einkommen desto tiefer der prozentuale Eigenanteil. Die persönlichen Verhältnisse (Heirat, Kinder etc.) werden bei der Bemessung des massgebenden Einkommens gebührend gewichtet (z. B. Erhöhung des Kinderabzugs), so dass sich die altrechtliche Unterscheidung der Eigenanteile erübrigt.

Konkret geplant ist, den Eigenanteil bei einem massgebenden Einkommen von 0 Franken mit 4% festzusetzen und bis zu einem massgebenden Einkommen von 80'000 Franken linear auf 12% zu erhöhen. Bei einem massgebenden Einkommen von 40'000 Franken beträgt der Eigenanteil somit 7.5%.

Das Prämienverbilligungsmodell des Kantons Solothurns mit der bisherigen Ausschöpfungsquote von 70% der gesamten Prämienverbilligungssumme genügt nach den Modellrechnungen gerade noch, um die minimalen sozialpolitischen Standards (*genügende Prämienverbilligungsleistungen an Personen und Familien in „wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen“*) einzuhalten. Bei einem zu erwartenden Prämienanstieg von ca. 4% kann das bisherige mittlere Niveau damit knapp gehalten werden. Damit vermag sich der Kanton Solothurn im Vergleich mit den anderen Kantonen weiterhin im hinteren Mittelfeld zu platzieren.

Immerhin wird die sozialpolitische Zielsetzung des Bundes, welche mit der 2. KVG-Revision angestrebt wird, mit dem Solothurner-Modell bereits erfüllt. Die Einkommensgrenze soll nach

¹⁾ BGS 832.213.

der 2. KVG-Revision bei 8% liegen, wobei allerdings das anrechenbare Einkommen noch nicht entsprechend definiert ist.

2.4.2 Parameter Modell 2006

Bei einer zu erwartenden kantonalen Durchschnittsprämie Erwachsene von rund 270 Franken pro Monat, muss die anrechenbare Richtprämie mindestens 205 - 210 Franken betragen. Die Richtprämie soll dabei grundsätzlich so berechnet werden, dass die Grundversicherung bei den günstigsten Krankenversicherern noch gedeckt werden kann. Wie in den Vorjahren auch liegen verlässliche Steuerzahlen für ein genaues Modell erst im Dezember 2005/Januar 2006 vor. Auch bei einem Modell 70% ist daher nicht auszuschliessen, dass bei erhöhten Richtprämien dafür die Einkommensgrenze - im Rahmen der verfügbaren Mittel - nach unten angepasst werden muss.

Die minimale Auszahlung von Prämienverbilligung wird auf 300 Franken festgelegt. Damit kommen mehr Familien und Einzelpersonen in den Genuss von Prämienverbilligungen.

Parameter¹⁾: E 205-210 / JE 160 / K 65 / M 300.

2.4.3 Finanzierung des Kantons- und Gemeindeanteils

Bei einer Quote von 70% beträgt der Kantons- und Gemeindeanteil basierend auf der Zahl der mittleren Wohnbevölkerung und dem Finanzkraftindex von 76 Punkten 26.9% der gesamten Prämienverbilligungssumme; bei 87.7 Mio. Franken somit 23.6 Mio. Franken. Damit wird die Staatsrechnung 2006 um 1.3 Mio Franken mehr belastet als 2005. Diese Summe setzt sich nach § 5 lit. a des Gesetzes über die Aufgabenreform "soziale Sicherheit" vom 7. Juni 1998 (GASS; BGS 131.81) zusammen aus dem Kantonsanteil von 15.3 Mio. Franken und dem Gemeindeanteil von 8.3 Mio. Franken.

Eine Entnahme aus dem Ausgleichskonto KVG ist nicht möglich, da dessen Bestand vollumfänglich zur Deckung der Mehraufwendungen aus der Prämienverbilligung 2005 verwendet werden muss. Obwohl das Prämienverbilligungsmodell für den "Normalbezug" sehr treffsicher ist, muss vielmehr aufgrund der in diesem Ausmass nicht zu erwartenden Steigerung im Bereich der Ergänzungsleistungen und der Sozialhilfe für das Anspruchsjahr 2005 erstmals ein Nachtragskredit in der Höhe von ca. 4.8 Mio. Franken brutto angebeht werden. Der Kanton wird dadurch unter Anrechnung des Restbestandes von Fr. 0.5 Mio. aus dem Ausgleichskonto mit ca. Franken 0.5 Mio. netto mehr belastet.

3. Ausblick 2007

Mit der auf 1. Januar 2007 in Kraft tretenden Neuregelung bei der Prämienverbilligung werden die Kantone zusätzlich verpflichtet, ein Prämienmodell vorzulegen, welches für untere und mittlere Einkommen die Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50 Prozent verbilligt. Um diese Vorgabe zu erfüllen sowie die nach wie vor jährlich steigenden Prämien erhöhungen auszugleichen und die jährlich steigende Zahl der Bezüger von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfeleistungen mit einzubeziehen, wird eine erhebliche Erhöhung der Prämienverbilligungssumme unabdingbar sein.

¹⁾ die Abkürzungen bedeuten:
E=Erwachsenen-Richtprämie;
JE=Junge erwachsene-Richtprämie
K=Kinder-Richtprämie;
M=minimaler ausbezahlter Frankenbetrag Prämienverbilligung

4. Mitbericht des Finanzdepartementes

Mit Schreiben vom 20. September 2005 stellt das Finanzdepartement fest, dass die in der Vorlage vorgesehenen Finanzflüsse mit denjenigen im provisorischen Voranschlag 2006 vom 6. September 2005 übereinstimmen, dass dem Kanton Solothurn aus der Vorlage eine Nettobelastung von 15.3 Mio. Franken erwächst und die Vorlage auch aus juristischer Sicht korrekt ist.

5. Formelles, Rechtliches

Die Kantone müssen nach Bundesrecht zwingend Beiträge an die Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leisten (Art. 65 KVG). Ein Kanton darf diesen im Rahmen der Prämienverbilligung von ihm zu übernehmenden Beitrag um maximal 50 Prozent kürzen, "wenn die Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen trotzdem sichergestellt ist" (Art. 66 Abs. 5 KVG). Im Kanton Solothurn beschliesst der Kantonsrat den das bundesgesetzliche Minimum von 50% übersteigenden Kantonsanteil als neue einmalige Ausgabe. Der Beschluss untersteht damit insofern den Regeln des Finanzreferendums. Die hier vorgeschlagene Erhöhung von 50% auf 70 % entspricht einer gesamten Erhöhung um 6.7 Mio. Franken. Diese Summe teilt sich nach § 5 lit. a des Gesetzes über die Aufgabenreform "soziale Sicherheit" vom 7. Juni 1998 (BGS 131.81) auf in einen Gemeindeanteil von 2.3 Mio. Franken und in einen Kantonsanteil von 4.4 Mio. Franken.

Über den das bundesgesetzliche Minimum von 50% übersteigenden Kantonsanteil an die Prämienverbilligung beschliesst der Kantonsrat gemäss § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Aufgabenreform «soziale Sicherheit» vom 7. Juni 1998 (BGS 131.81) bis zu einem Höchstbetrag von 10 Mio Franken endgültig. Der nachfolgende Beschluss über den Beitrag des Kantons Solothurn zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung im Jahre 2006 unterliegt deshalb nicht dem Referendum. Hingegen ist Ziff. 3 des Beschlusses im Sinne von § 2 des Gesetzes über die Kürzung von Staatsbeiträgen und die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen vom 4. Dezember 1996 (BGS 121.24) von mindestens 2/3 der Anwesenden im Kantonsrat zu beschliessen.

6. Antrag

Wir beantragen dem Kantonsrat eine Ausschöpfung von brutto 70% der dem Kanton nach KVG zustehenden Bundes-Prämienverbilligungsgelder.

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Walter Straumann
Landammann

Yolanda Studer
Staatsschreiber - Stellvertreterin

7. Beschlussesentwurf

Beitrag des Kantons Solothurn zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung 2006

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Art. 65 Abs. 1 und 66 Abs. 5 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 14. März 1994¹⁾, Art. 36 Abs. 1 lit. a der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986²⁾, § 23 Abs. 2 der Verordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 3. April 1996³⁾ und § 5 Abs. 1 lit. a und Abs. 2 des Gesetzes über die Aufgabenreform "soziale Sicherheit" vom 7. Juni 1998⁴⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 4. Oktober 2004 (RRB Nr. 2005/2039), beschliesst:

1. Für die Prämienverbilligung 2006 in der Krankenversicherung wird das bundesgesetzliche Minimum um 20 Prozentpunkte erhöht. Der Bundesbeitrag basiert daher auf 70% der dem Kanton zustehenden Bundes-Prämienverbilligungsgelder.
2. Für die Prämienverbilligung 2006 werden 87'731'706 Franken beschlossen. Der bundesgesetzliche Minimalbetrag des Kantons (50%) von 16'884'129 Franken wird entsprechend für das Jahr 2006 um 6'753'651 Franken auf 23'637'780 Franken erhöht.
3. Der den bundesgesetzlichen Minimalbeitrag (50%) übersteigende Kantonsanteil wird auf 4'389'873 Franken (65% von 6'753'651 Franken) festgesetzt.
4. Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Departement des Innern, ASO, Abt. soziale Institutionen (5)
 Ausgleichskasse (4)
 Amt für Finanzen (2)
 Kantonale Finanzkontrolle

¹⁾ SR 832.10.
²⁾ BGS 111.1.
³⁾ BGS 832.13.
⁴⁾ BGS 131.81.